

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band IV

Vom souveränen Deutschen Reich zur fremdbestimmten Kolonie der USA

Die US-Kolonie Bundesrepublik Deutschland

Band IV/031

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands bis zur DDR 2.0 von 1990-2020: 30 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung, Teil 7

Fragen und Antworten zur unfreien BRD/DDR 2.0 (1990 bis 2020):

8. Weshalb wurde die Bildung des EU-Zentralstaates planmäßig vorbereitet?

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2000: >>Fischer denkt an
Europäische Föderation ...

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...

Fischer bekannte sich zur EU-Osterweiterung, die in den nächsten 10 Jahren größtenteils zu Wege gebracht werden müsse. Mit einer Erweiterung von 15 auf 30 Mitglieder müßten die Strukturen aber verändert werden, damit die Gemeinschaft handlungsfähig bleibe. ...<<

Am 1. Januar 2002 wurde das Euro-Bargeld in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

Der Euro wurde am 28. Februar 2002 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung war damit erfolgreich abgeschlossen.

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 18. März 2002: >>Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik

Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. ...<<

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete im Jahre 2005 in seinem Buch "Europa - das wiedererstehende Römische Reich?" (x880/...): >>Europa, Vatikan und die Neue Weltordnung ...

Welche Ziele vertritt die Freimaurerei?

Es ist ein seit langem erklärtes Ziel der freimaurerischen Doktrin, insbesondere der Illuminaten, eine "Weltbruderschaft" zu errichten, in der alle Unterschiede zwischen Menschen - vor

allem politischer und religiöser Art - beseitigt sind und es keinen Absolutheitsanspruch irgendeiner Religion auf "Wahrheit" mehr gibt. Laut Auskunft des "Internationalen Freimaurerlexikons" gehört es zu den Grundgesetzen der Freimaurer, sich "bloß zu der Religion zu verpflichten, in welcher alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besondere Meinung zu lassen." Der Satz von der "Religion ... in der alle Menschen übereinstimmen ... ist das Fundament der Freimaurerei geworden."

Mutig und treffend stellt hierzu der katholische Freimaurer-Experte Manfred Adler fest: ..."Tatsächlich ist es der geheime und offene Traum der maurerischen Weltpolitik, eine universale Weltregierung in einem universalen Welt-Einheits-Staat zu errichten. Nicht zuletzt um dieses Endziels willen waren einflußreiche kosmopolitische Maurerbrüder maßgeblich an der Gründung der 'Organisation der Vereinten Nationen' beteiligt, die ihr 'Hauptquartier' in New York haben und 1945 an Stelle des Völkerbundes traten, der sich 1920 in Genf konstituiert hatte." ...

Welches sind die weltanschaulichen Grundlagen und Ziele der Europäischen Union?

... In Artikel 2 der EU-Charta werden die Werte der Union beschrieben: ...

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden.

Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? ...<<

Der SPD-Politiker Günter Verheugen (1999-2010 EU-Kommissar) erklärte im Jahre 2010 in der ZDF-Talkshow "Maybrit Illner" (x353/77): >>... Wir sollten bitte nicht vergessen - dieses ganze Projekt "Europäische Einheit" ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei (sic!), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, daß das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach 10 Jahren Brüssel sagen: das spielt jeden Tag noch, jeden Tag noch eine Rolle.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2011 über den Euro und die sog. Wiedervereinigung (x878/...): >>Europa und das deutsche "nationale Interesse"

... Der Euro und die Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO,

was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete. Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zugunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Oktober 2011 (x887/...): >>**Brüsseler Scheindemokratie**

"Mehr Europa"? - Bundesbürger sind im EU-Parlament stark unterrepräsentiert

Die endlosen Streitereien über die sogenannten Rettungsschirme haben schwere Konstruktionsfehler von Euro-Zone und EU aufgedeckt. Im Gestrüpp der Zuständigkeiten und Hoheitsrechte sind kaum noch tragfähige Einigungen zu erzielen. Als Lösung fordern immer mehr Verantwortliche, auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel: "Wir brauchen mehr Europa!" Sprich: eine noch weitergehende "Integration" auf Kosten der nationalen Selbständigkeit.

Unklar bleibt jedoch, was darunter genau zu verstehen ist. Würde beispielsweise eine "Fiskalunion" eingeführt, wo die Steuern aller EU-Bürger zusammenfließen, würde die Mehrheit der schwachen Länder letztlich über das Steuergeld der starken verfügen, weil die Zahlerländer deutlich in der Minderheit sind. Die Deutschen zählten mit Sicherheit zu den Hauptverlierern. Zudem sind die europäischen Instanzen wie EU-Kommission, EU-Ratspräsident oder die Leitungsgremien der Rettungsschirme alles andere als demokratisch gewählt. So entstünde also zudem ein verfassungsrechtliches Problem.

Dem wollen die Befürworter von "Mehr Europa" mit einer Stärkung des EU-Parlaments begegnen. Doch auch hier steht es schlecht um grundlegende demokratische Prinzipien. So kommen in Deutschland mit seinen 99 Sitzen bei gut 81 Millionen Einwohnern mehr als 800.000 Bewohner auf einen Platz im Parlament. Malta verfügt hingegen mit seinen nur 418.000 Einwohnern über sechs Sitze, das heißt: Die Stimme eines einzigen Maltesers hat ein stärkeres Gewicht im EU-Parlament als die vom mehr als elf Deutschen. Und ab 2014 soll Deutschland auch noch drei Sitze einbüßen, während alle anderen Staaten ihre Parlamentsstärke behalten.

Würden die Deutschen mit Maltesern oder Luxemburgern (sechs Sitze bei 511.000 Einwohnern) gleichgestellt, müßte Deutschland mehr als 1.000 Abgeordnete ins EU-Parlament entsenden. Sollte hingegen die Repräsentanz Luxemburgs und Maltas auf deutsches Niveau reduziert werden, müßten sich die beiden Zwergstaaten einen einzigen Parlamentarier teilen. Damit könnte eine gerechte Vertretung der Wähler im Parlament hergestellt werden. Die Widerstände gegen eine solche Reform würden indes vermutlich schnell enthüllen, wie ernst es den Politikern der EU wirklich ist mit dem Aufbau eines "demokratischen Europas der Bürger".<<

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schrieb am 18. November 2011 in der "New York Times" über die europäische Einigung (x347/338): >>Wir können eine politische Union nur durch eine Krise erreichen. ... Was wir mit der Fiskalunion bezwecken, ist ein kurzfristiger Schritt für die Währung. Längerfristig benötigen wir die politische Union. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x948/...): >>Die Europäische Union - von Anfang an Instrument der US-Geostrategie

Die Europäische Gemeinschaft oder Union ist nicht geschaffen, um den Interessen der europäischen Völker zu dienen, sondern diese mit ihrer jeweiligen Souveränität in einer bürokratischen Organisation verschwinden zu lassen - einer wurzellosen übernationalen Staatsform, die nur eine Etappe auf dem Wege zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer

"Welt-Governance" darstellt. Zu diesem Ergebnis kommen die Archiv-Forschungen des französischen Politikers und Publizisten Philippe de Villiers in seinem neuen Buch. 1) ...

Die Vereinigten Staaten in Europa

... Im April 1948 gründeten die Amerikaner in New York das "American Committee for a United Europe", das die bereits 1947 von Winston Churchill angestoßene "Europäische Bewegung" strategisch und finanziell jahrzehntelang unterstützte. Wichtige führende Mitglieder wurden drei erstrangige Geheimdienstler, die alle Direktoren des CIA waren oder wurden: General William ("Will Bill") Donovan, Walter Bedell Smith und Allen Dulles, der Bruder von John Foster Dulles. ...

Von Monnet gingen nun die entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammte der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte.

Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet. Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union, der von vornherein als voller Staat angelegt wurde: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", "*in dem er*", wie der Historiker Andreas Bracher schreibt, "*Vertreter der wichtigsten Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände der Mitgliedstaaten zusammenbringt. ... Das 'Aktionskomitee' blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat.*"

Interessant ist, worauf Gerald Brei hinweist, daß Monnet dieses "Aktionskomitee" 1955 gründete, nachdem er 1954 bei der Gründungskonferenz der Bilderberger dabei gewesen war.

Aus Deutschland waren z.B. Mitglieder des Monnet-Komitees: Kurt Birrenbach, Hans Furler, Kurt Georg Kiesinger, Heinrich von Brentano (alle CDU); Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Walter Freitag (alle SPD) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (Wikipedia). Helmut Schmidt war voll des Lobes über Monnets Weitblick und Detailkenntnis und sprach mit Bewunderung und Verehrung von ihm. Eine rührende Gutgläubigkeit und zugleich erschreckende Realitätsblindheit.

"De Villiers betont", hebt Gerald Brei hervor, "daß die Lüge für die EU konstitutiv und nicht nur peripher ist. Das angestrebte Ziel, das globalistische Projekt, sei niemals genannt worden, sondern wurde sorgfältig versteckt und mit schön klingenden Phrasen überdeckt."

Rita Müller-Hill zitiert de Villiers mit den Worten:

"Was in diesem grundlegenden Chaos auffällt, ist die Geheimhaltung bei der Abfassung der Texte; die Protagonisten schreiben sich außerhalb des Rahmens der Institutionen; Schuman gestand später: Es war Jean Monnet, der mit seinen Mitarbeitern in einem kleinen Hotel in der Rue de Martignac, in wenigen Monaten ohne das Wissen der Öffentlichkeit oder gar der Regierung, die Idee der Gemeinschaft für Kohle und Stahl entworfen hat."

Und schon bei dieser Gründung habe Monnet bekannt: *"Unsere Gemeinschaft ist keine Vereinigung der Hersteller von Kohle und Stahl, sie ist in Wirklichkeit der Anfang von Europa, das die Vorwegnahme einer weltweiten Vereinigung ist.*

Das bedeutet, daß die EU die Vorstufe zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt, was Churchill schon 1947 in London ankündigte.

Das Recht im Dienste von Wirtschaft und Politik

Gerald Brei hebt hervor, daß de Villiers eindringlich schildere, wie die sogenannten vier Grundfreiheiten der EU zur Schaffung des Binnenmarktes: freier Verkehr von Waren, Perso-

nen, Dienstleistungen und Kapital, das Recht in den Dienst der Nützlichkeit stellen. Alles werde dem Ziel des Binnenmarktes untergeordnet.

"Sämtliche Grenzen werden aufgelöst, seien es Staatsgrenzen oder Unterschiede in den Rechts- und Sozialsystemen. Selbst die einzelnen Rechtsordnungen konkurrieren auf dem Markt der Gesetze und können frei gewählt werden. Nicht einmal die Menschenwürde hat absoluten Stellenwert, sondern muß nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU mit den Erfordernissen hinsichtlich der durch den Vertrag geschützten Rechte in Einklang gebracht werden und unterliegt dem Verhältnismäßigkeitsprinzip."

... Wird das Recht den pragmatischen politischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen (d.h. der Kapitaleigentümer) unterworfen, verliert es den Zusammenhang mit der Moral, so daß Recht und Gerechtigkeit auseinanderdriften. Damit haben wir es in der EU in weitestem Umfange zu tun.

So ist es folgerichtig, daß *"weder die Richter (des EuGH) noch die Europäische Kommission (welche die Gesetzesinitiative hat) demokratisch legitimiert (sind) und nicht zur Rechenschaft gezogen werden (können). Das ist von Anfang an so geplant gewesen. Die Herrschaft der elitären Technokraten unterliegt keiner Kontrolle, weil es keine Gewaltenteilung gibt."*

Das traditionelle Verständnis von Macht (im Gleichgewicht gehalten durch andere Kräfte und verbunden mit politischer Verantwortung) sei immer mehr durch den diffusen Begriff des Regierens auf mehreren Ebenen ersetzt worden. De Villiers hält das für symptomatisch, weil das System auf diese Weise ohne starke bürgerliche Persönlichkeiten funktioniert. Die Akteure der "governance" würden entkörperlicht und man könne an die Spitze der EU-Kommission einen x-beliebigen Trunkenbold setzen. Das hätte keine Bedeutung mehr."

Die Institutionen entwickeln ein Eigenleben, das sich immer mehr den Einflüssen der Menschen entzieht.

Der Historiker Andreas Bracher weist darauf hin, daß dies die Handschrift Jean Monnets sei, der die Macht der Institutionen von Anfang an veranlagt habe, um sie über den Tod der Persönlichkeiten hinweg dauerhaft zu machen. Monnet habe einmal ausgeführt:

"Jeder Mensch beginnt die Welt von vorne. Nur Institutionen werden weiser; sie speichern die kollektive Erfahrung; und von dieser Erfahrung und Weisheit her werden die Menschen, die denselben Gesetzen unterworfen sind, schrittweise feststellen, nicht, daß sich ihre Natur, aber daß sich ihr Verhalten ändert."

Darin komme ein prinzipieller Mißtrauen gegen das menschliche Individuum zu Gunsten der Institutionen als der eigentlich weltgeschichtlichen Individualitäten zum Ausdruck. *"Institutionen sind, wie ich schon gesagt habe, wichtiger als Menschen"*, heiße es in Monnets Erinnerungen.

Ein- und Ausblicke

"Von Anfang an", resümiert Gerald Brei, "ging es um die Auflösung der historisch gewachsenen Nationalstaaten, um die Übertragung ihrer Souveränität auf ein supranationales Gebilde (eine Institution). ... Die Protagonisten hätten zwar von einer Stärkung Europas gesprochen, der Bildung einer europäischen Supernation, doch sei es tatsächlich und im Geheimen um eine Enthauptung Europas gegangen, reduziert auf einen Vasallenstatus, entfremdet, unterworfen und machtlos."

Nach de Villiers haben die "Gründerväter" gut gearbeitet. Die "Vereinigten Staaten von Europa" seien die Vereinigten Staaten in Europa. Die Europäische Bewegung hatte nach dem Ergebnis seiner Recherchen nicht Europäisches. Sie war von den US-Amerikanern vollständig infiltriert und gesteuert." (Gerald Brei)

Und Rita Müller-Hill zitiert dazu de Villiers passend: *"Diese Governance arbeitet seit dreißig Jahren daran, nicht etwa 'Europa aufzubauen' - das heißt, die historische Kontinuität einer Zivilisation zu sichern -, sondern im Gegenteil, alles zu dekonstruieren, um seine emotionalen*

Gemeinschaften zu untergraben und ihre grundlegenden Grenzen und Orientierungspunkte zu vernichten. Es geht nicht darum, eine 'Europazität' aufzubauen, sondern eine 'Globalität', einen geschichts- und formlosen weiten Spielplatz, der von austauschbaren Menschen bevölkert ist."

Hier spielt de Villiers auf die von den Globalisten auch in der EU betriebene Massenzuwanderung aus kulturfremden Ländern an, durch die die Völker - nach dem Verlust ihrer Souveränität in der EU-Institution - auch ihre kulturelle Identität und die Menschen ihre Orientierung verlieren sollen.

In dem Interview mit *Le Figaro* antwortet er auf die Frage, was er nun mit seinem Buch aufzeigen wolle:

"Daß das heutige Europa, ohne Körper, ohne Kopf, ohne Wurzeln, ohne Grenzen, keine falsche Umsetzung darstellt. Die geöffneten Archive liefern den Beweis: Das dekonstruktive Gen, das die Europäische Union unterhöhlt, befand sich in der DNA der "Gründerväter". Das Programm war von Anfang an festgelegt. Sie wußten, was sie taten und was sie wollten: eine gehirnlose Governance, um sich auf einen globalen Massenmarkt zuzubewegen. Wir sind weit entfernt von einem unabhängigen Europa.

Die beiden von Anfang an vorhandenen aktiven Prinzipien, die Personenfreizügigkeit und die Nichtdiskriminierung, haben wie Radiumstufen gewirkt, die die beiden vor uns liegenden grundlegenden Zivilisationsveränderungen hervorgebracht haben, das Soros-Europa und den Marrakesch-Pakt (UN-Migrationspakt): Das erste Prinzip - die Personenfreizügigkeit - war die Vorstufe zur Abschaffung der physischen Landesgrenzen, die den austauschbaren, multiunkultivierten Menschen hervorbringt. Und das zweite, die Nichtdiskriminierung, hat das Ende der anthropologischen Grenze vorbereitet, welche einen "Sandmann» hervorbringt, ohne Humus und ohne Nachkommenschaft."

1) Philippe de Villiers: *J'ai tiré sur le fil du mensonge et tout est venu*. Paris Fayard, 2019 (Deutsch: *Ich habe an einem Faden des Lügengespinnstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen*) ...<<

9. Warum führen die Vereinten Nationen den sogenannten Migrationspakt ("Global Compact for Migration") durch?

Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreiten die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und griffen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").

Die siegreichen Truppen verzichteten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.

Die USA wollten angeblich einen stabilen, demokratischen Irak begründen, destabilisierten danach jedoch in den folgenden Jahren fast den gesamten Nahen Osten durch militärische Angriffe oder versorgten regimefeindliche Gruppen mit Waffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Irak (1991 und 2003), in Libyen (2011) und Syrien (seit 2011) förderten letzten Endes die angestrebte Massenmigration" von Muslimen aus dem Nahen Osten und aus Afrika nach Europa.

Die Münchener "Abendzeitung" berichtete am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärte am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwick-

lungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnte im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten. <<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlug im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen. <<

Der türkischstämmige Abgeordnete Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) berichtete im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<

Im Jahre 1998 betrug die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel (1973 als Sohn türkischer Migranten in Flörsheim am Main geboren, leuchtendes Beispiel für "gelungene Integration") schrieb am 4. November 2011 in dem großen Nachrichtenportal der Berliner Tageszeitung "taz": >>**Kolumne Geburtenschwund**

Super, Deutschland schafft sich ab!

In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.

Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!

Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt, sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten - auch das der geringste Wert in Europa.

Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und leisten ihren (freilich noch

steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben. ...

Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen ("totaler Krieg", "Vollkornbrot"); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet. ...

Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben ...

Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln?

Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.<<

Die schweizerische Informationsplattform "humanrights.ch" berichtete am 1. April 2014 (x898/...): >>Islamische Menschenrechtserklärungen

... Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam vom 5. August 1990

Die Organisation der Islamischen Konferenz, ein Zusammenschluß von 57 muslimisch geprägten Staaten, verabschiedete 1990 diese zwischenstaatliche Menschenrechtserklärung. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte ist allerdings völkerrechtlich nicht bindend und sie wird von der UNO auch nicht als regionales Menschenrechtsinstrument anerkannt.

In der Kairoer Erklärung werden die Rechte und Freiheiten der Scharia unterstellt, welche als "einzig zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung jedes einzelnen Artikels" dient (Art. 25). ...<<

Der deutsche Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN) erklärte in einem Online-Video vom 24. Mai 2015 (x354/82): >>... Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.

Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.

Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.

Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6 Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts.

Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis**

Der heutige türkische Präsident wurde 1999 ins Gefängnis gesteckt, weil er ein religiöses Gedicht vorgetragen hatte.

Der Fall sorgt für Wirbel: Recep Tayyip Erdogan verklagt den Satiriker Jan Böhmermann wegen dessen "Schmähgedicht" im deutschen Fernsehen. Der heutige türkische Präsident saß einst selbst wegen eines Gedichts vier Monate im Gefängnis, wie der "Telegraph" in einem Porträt über Erdogan schreibt.

"Moscheen sind unsere Kasernen"

Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:

"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."

Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<

Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel schrieb am 11. Oktober 2016 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" über den Islam: >>**Kein Zurückweichen**

Der Islam verändert Deutschland. Er wird als Parallelgesellschaft und bewußte Gegenöffentlichkeit als Bestandteil des Dschihad in unser Leben hineingetragen und beeinflußt das Bild des öffentlichen Raumes nachhaltig - so wie wir es von keiner anderen Religionsgemeinschaft kennen.

... Der Islam ist nicht nur Glaube, sondern für die Gläubigen auch Gesetz. Das höchste Gesetz ist die Scharia, die von Allah herabgesandt und von keinem Gläubigen angezweifelt und mißachtet werden darf. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Politik: Denn jede weltliche Politik muß mit diesem Gesetz Allahs übereinstimmen.

Islam bedeutet Unterwerfung

Darüber wachen alle Muslime der Umma, vor allem aber die muslimischen Theologen und Rechtsgelehrten. Das muslimische Gemeinwesen ist einzig und allein auf die Errichtung eines Gottesstaates ausgerichtet.

Ob es nun Minarette, Moscheen, Muezzinrufe, die Kleidungsordnung von Muslimen, die Einforderung von Geschlechtertrennung, das Einklagen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst sind, ob Friedensrichter, Schariagerichtsbarkeit, Parallelgesellschaften, Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen und die Akzeptanz von Kinderehen - all dies zielt nur auf eines: auf die Islamisierung unserer Gesellschaft.

Unsere Leitkultur basiert auf dem Grundgesetz und nicht auf der Scharia oder einem Clan- oder Stammesgesetz, das durch sogenannte Friedensrichter im Namen der Religionsfreiheit auf deutschem Boden durchgesetzt wird.

Immer öfter wird die sogenannte "Religionsfreiheit" als trojanisches Pferd genutzt, um die Segregation von Muslimen und Nicht-Muslimen sowie von Mann und Frau, also eine flä-

chendeckende Religions- und Geschlechterapartheit, einzuführen.

Der Islam kennt keine prinzipielle Gleichheit der Menschen über die Religion und das Geschlecht hinaus, weshalb auch die allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen nicht anerkannt werden und eine eigene Erklärung herangezogen wird - die Kairoer Erklärung der Menschenrechte. Hier gelten die "Menschenrechte" nämlich nur unter dem Vorbehalt der Scharia.

Keine prinzipielle Religionsfreiheit für den Islam

Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern eine politische und gesellschaftliche Weltanschauung. Der Islam ist ein vollständiger Lebens- und Gesellschaftsentwurf und reguliert die gesamtgesellschaftlichen Beziehungen und das politische Gemeinwesen auf Basis des Korans und der Hadithe.

Der Islam kennt keine Säkularisierung, keine Reformation, keine Trennung von Religion und Staat. Die Moschee ist der Ort der Niederwerfung. Sie ist ein Gebetshaus, aber auch ein Ort der Versammlungen und der Politik. Allein schon deshalb ist die Moschee mit einer Kirche nicht zu vergleichen.

Der Islam bezieht sich auf ein heiliges Buch, in dem es insgesamt 206 Passagen gibt, die Gewalt und Krieg verherrlichen und 25 direkte Tötungsbefehle beinhaltet, die Allah an die Gläubigen ausspricht, "Enthauptet sie!", "Tötet sie!". Für solch eine Religion darf es keine prinzipielle Religionsfreiheit in unserer Gesellschafts- und Rechtsordnung geben. Denn der Heilige Krieg in Form von Gewalt und Subversion bezieht sich auf den Koran selbst. Da mutet die Unterscheidung von Islam und Islamismus nur noch wie eine Scheindebatte an.

Die Ausübung dieser Ideologie gehört unter strenge Kontrolle, was auch bedeuten muß, daß alle Moscheen in Deutschland, die Salafisten und Fundamentalisten eine Bühne geben, geschlossen werden müssen. Das bedeutet in der Praxis, daß alle Moscheen auf Extremismus durchleuchtet und dahingehend auf den Prüfstand gestellt werden müssen. ...

Muslime sind in der Bringschuld

Nicht wir sind in der Bringschuld, sondern die Muslime. Der Islam muß sich grundlegend von innen heraus reformieren. Es ist die Aufgabe der Muslime, in ihrem eigenen Haus zuerst aufzuräumen und den Islam politisch zu entmachten. ...

Solange sich der Islam nicht von innen heraus reformiert hat, sich glaubhaft von Gewalt gegen Andersgläubige distanziert, und Gleichheit von Nicht-Muslimen und Frauen einräumt, solange darf islamischen Organisationen auch nicht der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zuerkannt und der Islam in unserer Mitte nicht gleichrangig mit anderen Religionen behandelt werden. ...<<

Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 26. Februar 2017 (x902/...): >>**Merkel schafft das "deutsche Volk" ab**

"Wir haben uns nicht für die Einheit Deutschlands eingesetzt, um als "Deutsche" beseitigt zu werden."

Veröffentlicht von *Willy Wimmer*

Der Bundeskanzlerin darf man nichts mehr durchgehen lassen. Das hat das deutsche Volk bei der Migrationsentwicklung seit 2015 erfahren können. Die Bundeskanzlerin erhob sich über das Gesetz und verfügte eigenmächtig, wie zu verfahren sei. Seither hat der Deutsche Bundestag in einer All-Parteien-Bewegung die Vorgehensweise der Bundeskanzlerin gestützt. Anstatt Sie wegen der Außer-Kraftsetzung deutschen und europäischen Rechts zur Rechenschaft zu ziehen, hat das Berliner Parlament es hingegenommen, unsere Grenzen absolut schutzlos zu lassen.

Wir sind die Eingeborenen von Merkelonien

Die Bundeskanzlerin geht jetzt einen Schritt weiter. Sie schafft das "deutsche Volk" eigenmächtig ab. Wie die Äußerungen der Bundeskanzlerin seit einiger Zeit deutlich machen,

geht sie gezielt vor. Unsere Gesetze fegt sie beiseite, denn das "deutsche Volk" sind nun mal die "deutschen Staatsbürger" und nicht alle Menschen, die sich auf dem Territorium Deutschlands aufhalten. Aber wer weiß es denn? Vielleicht wird "Deutschland" durch diese Dame abgeschafft. Anders kann man nicht werten, was die Bundeskanzlerin vor wenigen Tagen auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern von sich gegeben hat. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/3): >>Volksaustausch? Regierungstausch!

_ von Jürgen Elsässer

Der Volksaustausch ist kein Hirngespinnst, sondern Realität. Im Jahr 2015 ließen sich zwei Millionen Ausländer in Deutschland nieder (darunter knapp 900.000 Asylsuchende), während eine Million Inländer wegzogen. Zwei Millionen rein, eine Million raus - das nennt man Austausch. Keiner hat diejenigen, "die schon länger hier leben" - so Angela Merkel über unser Volk - gefragt, ob sie ausgetauscht werden wollen. Die Demokratie ist in dieser Überlebensfrage suspendiert. ...

Selbst wenn morgen die Grenzen, die Merkel unter Bruch von Grundgesetz und Asylrecht im September 2015 geöffnet hat, wieder geschlossen würden, stünde das deutsche Volk vor einer existentiellen Bedrohung. Die entscheidenden Schlachten werden in den Kreißsälen geschlagen. ...

Die Demographiebombe explodiert in den Klassenzimmern: Dort sehen sich unsere Kinder in immer mehr Städten einer Übermacht an Orientalen gegenüber, die wie die neuen Herrenmenschen auftreten: Unsere Jungs müssen unterwürfig, unsere Mädchen willfährig sein. Und die Lehrer schauen weg.

Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt.

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?<<

Herbert Ludwig berichtete am 24. November 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die UNO (x974/...): >>Weltmacht UNO: antidemokratische

Rechtssetzung von oben

Die UNO schwingt sich immer mehr zur globalen Rechtssetzungsinstanz auf. Mittels Erklärungen und "unverbindlicher" Soft Law-Pakts werden individuelle Menschenrechte behauptet, welche sich schleichend als Völkergewohnheitsrecht etablieren. Dieses verdrängt dann das demokratische Recht der einzelnen Staaten insoweit, als es diesem "Völkerrecht" nicht entspricht. Mit dem Migrationspakt der UNO wird dies gerade wieder beispielhaft praktiziert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also letztlich das der einzelnen Menschen, wird damit insoweit als Grundlage demokratischer Gesellschaften zunehmend zugunsten einer sich den Staaten überordnenden UNO-Weltinstanz verdrängt.

Das demokratische Recht

... Ursprünglich sind im Völkerrecht die Rechtssubjekte nicht die individuellen Menschen, sondern die einzelnen Staaten, deren Regierungen miteinander völkerrechtliche Verträge abschließen. So schreibt der Völkerrechtler Ulrich Vosgerau: *"Herkömmlicherweise sind eigentlich Staaten die Rechtssubjekte und Akteure des Völkerrechts; sie bringen ihre Interessen in völkerrechtlichen Verträgen möglichst zum Ausgleich, und die Individualperson ist im Völkerrecht eigentlich "mediatisiert", d.h. sie wird mit ihren Rechten und Interessen von ihrem Staat vertreten, ist aber im allgemeinen nicht selbst Völkerrechtssubjekt."*

Diese völkerrechtlichen Verträge müssen von den nationalen Volksvertretern, den Parlamenten, gebilligt werden, damit das demokratische Legitimationsprinzip von unten nach oben gewahrt bleibt. Verbindlich sind diese vertraglichen Vereinbarungen nur für die Vertragsparteien. ...

Das Völkergewohnheitsrecht

Die UNO benutzt aber auch das Instrument des aus dem angloamerikanischen Recht stammenden "Soft Law" (weiches Recht), um in von ihr initiierten Übereinkünften (compacts), die ausdrücklich keine völkerrechtliche Verbindlichkeit haben, individuelle Rechtsstandards als Ziele vorzugeben, deren Umsetzung den Staaten, die sich daran beteiligen, weitgehend überlassen bleibt. ...

Eine solche völkergewohnheitsrechtliche Wirkung haben sogar einseitige Erklärungen der UNO-Generalversammlung, auch wenn sie nicht in einen Soft Law-Pakt eingeflossen sind. Das eindrucklichste Beispiel ist die UN-Menschenrechtsdeklaration. Sie war *"ursprünglich eine rein politisch zu verstehende Absichtserklärung der UN-Generalversammlung ohne jede rechtlich bindende Wirkung."* Doch *"sie erstarkte schon in den ersten Jahrzehnten seit ihrer Verkündung (1948) zu Völkergewohnheitsrecht, und jedenfalls wesentliche Kerngehalte der UN-Menschenrechtsdeklaration - welche genau, ist wie immer umstritten - dürfen heute sogar als ius cogens (zwingendes Recht) angesehen werden."* Das betrifft auch zahlreiche weitere Menschenrechtspakte. ...

Der UN-Migrationspakt

Auch die *"New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten"* der UNO-Generalversammlung vom 19.9.2016, die viele Verpflichtungen enthält, die zur Umsetzung in den UN-Migrationspakt geflossen sind, wird, wie letzterer auch, diese völkergewohnheitsrechtlichen Wirkungen entfalten. Der UN-Migrationspakt stellt sich auch ausdrücklich in den Zusammenhang der Menschenrechtserklärung der UNO, wie um indirekt klar zu machen, daß es um ein neues individuelles Menschenrecht für ungehinderte Migration gehe.

"Schon eine Durchsicht des durchweg höchst komplizierten, oft sprachlich uneindeutig formulierten völkerrechtlichen Instruments ergibt, ... daß der herkömmlicherweise wichtigste und zentralste Aspekt des internationalen Migrationsrechts eigentlich fehlt: nämlich das Recht eines jeden souveränen Staates auf Entscheidung über Ob und Wie eventueller Zuwanderung und auf je eigene Gestaltung des nationalen Zuwanderungs- und Asylregimes.

Unter Umkehrung der traditionellen völkerrechtlichen Betrachtungsweise, nach der gleichberechtigte und souveräne Staaten die wesentlichen Akteure und v.a. auch die Rechtssubjekte des Völkerrechts sind, werden die Rechte der Migranten auf weltweite Wanderung und diskriminierungsfreie Niederlassung in den Vordergrund gestellt; diese sollen die Staaten sicherstellen, was wiederum von Stellen der Vereinten Nationen laufend überwacht werden soll." ...

Im herkömmlichen Völkerrecht, in dem nicht die einzelnen Menschen, sondern die Staaten die Rechtssubjekte sind, sind sie es auch, die über die Einwanderung von einzelnen Migranten, erst recht von größeren Massen, in ihr Hoheitsgebiet entscheiden. Daher, schreibt Dr. U. Vosgerau, *"ist das Ausländer-, Einwanderungs- und Migrationsrecht - auch in ausgesprochenen Einwanderungsländern - immer ein Unterfall des Polizei- und Ordnungsrechts. Der Einwanderungswunsch fremder Menschen zumal aus anderen Kulturkreisen ist immer und zunächst einmal eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Nur durch die sorgfältige Auswahl der geeignetsten Migranten unter konsequenter Zurückweisung zahlreicher ungeeigneter Kandidaten kann diese Gefahr einigermaßen beherrscht und minimiert werden.*

Demgegenüber dreht bereits die New York Declaration - und um so mehr dann der GCM - diese rechtlich-politische Ausgangslage um und geht von einer Art Grundrecht aller Menschen auf weltweite Migration mit allgemeiner Niederlassungsfreiheit aus ("jederzeit und oh-

ne Rücksicht auf ihren Migrationsstatus (d.h. ihren jeweiligen Rechtsstatus)" - "retten, aufnehmen, beherbergen").

Konsequenterweise kommt dann das Konzept der "illegalen Einwanderung" im GCM gar nicht mehr vor (!), es gibt nur noch den "irregulären Zustand" mancher Migranten, dieser wird aber eher als ein Versagen der Aufenthaltsstaaten angesehen, die den Migranten nicht legalisiert haben und dadurch seine Rechte (v.a. auf diskriminierungsfreien Aufenthalt) schmälern."

Das grundlegende demokratische Problem

Wir sehen eine schon sehr weit fortgeschrittene Praxis, durch welche die Staaten, die Schutz- und Sicherheitsorganisationen der Völker, als Rechtssubjekte des Völkerrechts verdrängt werden und an ihre Stelle über alle Grenzen hinweg der internationale Mensch, der rechtlich überall gleichgestellte "Weltbürger" tritt. Zugleich wird das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker auf ihre eigene demokratische Rechtssetzung von unten nach oben sukzessive ausgeschaltet und ein "Weltrecht" von oben etabliert. ...

Hier geschieht etwas Tiefgreifendes, wie U. Vosgerau aufmerksam macht. Das völkerrechtliche Soft Law wird einerseits als harmlos, weil unverbindlich dargestellt, erlangt aber andererseits, auch unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, Aktivisten, Medien und "Zivilgesellschaft" als verbindlicher Standard allmählich gewohnheitsrechtliche Wirkung, an dem die nationale Rechtspraxis zu messen ist. Dies werde schleichend das Rechtsgefühl und das Legitimitätsbewußtsein der Menschen verändern. ...

Ausblick

Das bedeutet, mit dieser unterschwelligem Veränderung des Bewußtseins geht einher, daß keine Verteidigung der Selbstbestimmung, der Freiheit, mehr stattfindet. Das Widerstandspotential bei den Menschen schwindet. Sie werden zu folgsamen Sklaven, wenn nicht gar zu fanatischen Verfechtern eines Weltrechts von oben, ohne daß es ihnen selbst zum Bewußtsein kommt. Dieser Prozeß hat ja bereits weite Teile der Bevölkerung erfaßt.

Die UNO zeigt sich immer deutlicher in der Entwicklung zu einer Weltregierung, die zugleich Weltgesetzgeber ist. Wir stehen inmitten eines Prozesses zu einer totalitären Weltordnung mit einem Völkerrecht als "Weltverfassung", in der alle Menschen als "Weltbürger" überall die gleichen Rechte erhalten und die zahlreichen unterschiedlichen Nationalstaaten allmählich überflüssig werden. ...<<

[Horst Koch berichtete am 2. Dezember 2018 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" \(x955/...\): >>Befehl der Vatikan die Migrantenfutung und damit die Islamisierung Europas? - Papst Franziskus und sein 21-Punkte-Plan?](http://www.horst-koch.de)

Während alle die Verantwortung für den globalen UN-Migrationspakt sowie den UN-Flüchtlingspakt bei den Vereinten Nationen suchen und nun kürzlich ans Tageslicht kam, daß Deutschland maßgeblich als Initiator bei der Ausarbeitung des Migrationspakts gewesen ist, flog bei dieser ganzen Geschichte die mit machtvollste Institution auf Erden eher unter dem Radar. Die Rede ist hier vom Vatikan und seinem Oberhaupt, dem Jesuiten Papst Franziskus. Zuerst einmal zu den weiteren Hintergründen der beiden UN-Pakte.

Anläßlich des "104. Welttags des Migranten und Flüchtlings 2018" veröffentlichte Papst Franziskus am 14. Januar 2018 einen öffentlichen Brief nicht nur an die Glaubens-, sondern an die ganze Weltgemeinschaft. Dieser Brief trägt die Überschrift "Die Migranten und Flüchtlinge aufnehmen, beschützen, fördern und integrieren", der es echt in sich hat!

Mit Bibelversen geschmückt, Jesus Christus als Beispiel voran und an unser menschliches Mitgefühl appellierend, stellte der Papst - höflich, sachlich, aber dennoch zielgerichtet und bestimmend - eine ganze Reihe an Erwartungen an die "politische Gemeinschaft" und die "zivilgesellschaft", dessen Beiträge an der Umsetzung der gewünschten Maßnahmen "unverzichtbar" seien.

Die 21 Maßnahmen aus dem päpstlichen Dokument wie folgt:

1. Schaffung von Möglichkeiten für eine sichere und legale Einreise in den Zielländern: vor allem durch die 'Gewährung humanitärer Visa', Schaffung von 'erweiterten und vereinfachten Modi' und die Förderung von Familienzusammenführung.
2. Schaffung von mehr 'humanitären Korridoren für die am stärksten gefährdeten Flüchtlinge', damit diese keine illegalen Wege suchen müßten.
3. Erstellen eines Systems von 'speziellen temporären Visa' für diejenigen, die vor Konflikten in Nachbarländern fliehen.
4. Keine 'kollektive und willkürliche Abschiebung', vor allem nicht in Länder, die 'die Achtung der Würde und die Grundrechte nicht garantieren können'.
5. Immer die persönliche Sicherheit der nationalen Sicherheit vorziehen, die Grenzposten vernünftig ausbilden, damit der erste Empfang der Flüchtlinge 'angemessen und würdig' verläuft.
6. Alternativen zur Haft für diejenigen finden, die illegal ins Land gekommen sind.
7. Im Ursprungsland Lösungen finden, die eine legale Auswanderung zulassen, und so gegen Schlepper vorgehen.
8. Im Ankunftsland 'den Migranten konsularische Hilfe anbieten', das Recht der Flüchtlinge achten, ihre Papiere bei sich zu behalten, Zugang zum Rechtswesen schaffen, die Erlaubnis gewähren, Bankkonten zu eröffnen und ein 'Existenzminimum garantieren'.
9. Im Ankunftsland 'Bewegungsfreiheit und Zugang zu Arbeit sowie Telekommunikationseinrichtungen sichern'.
10. Für alle, die in ihr Land zurückkehren wollen, 'berufliche und soziale Wiedereingliederungs-Programme schaffen'.
11. Minderjährige Flüchtlinge schützen, 'jede Form von Haft vermeiden', Zugang zur Bildung sicherstellen.
12. Jedem geborenen Kind die Staatsbürgerschaft verleihen.
13. Kampf gegen die 'Staatenlosigkeit' von Migranten und Flüchtlingen durch die Schaffung eines 'Bürgerrechts'.
14. Unbegrenzter Zugang von Migranten und Flüchtlingen zu den nationalen Gesundheits- und Rentensystemen und 'Übertragung ihrer Beiträge für den Fall ihrer Rückführung'.
15. Garantie der Berufsfreiheit und Ausübung der Religion für alle im Gebiet anwesenden Ausländer.
16. Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Migranten und Flüchtlingen, einschließlich Asylbewerbern - Sicherstellung der Möglichkeit zur Arbeit, Sprachtraining und aktiver Bürgerschaft.
17. Verhindern, daß minderjährige Flüchtlinge ausgebeutet werden.
18. Förderung der Familienzusammenführung - einschließlich Großeltern, Geschwistern und Enkelkindern - 'ohne Rücksicht auf deren wirtschaftliche Kapazitäten'
19. Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für Migranten, Flüchtlinge, Asylbewerber mit Behinderungen.
20. Entwicklungsländern, die Flüchtlinge aufnehmen, stärker helfen.
21. Integrieren, 'ohne den Migranten ihre kulturelle Identität zu nehmen', ein 'Angebot der aktiven Bürgerschaft' schaffen, 'Wirtschaftskenntnisse von Sprachkenntnissen trennen', und Flüchtlingen, die länger im Land leben, eine Legalisierung ihrer Verhältnisse anbieten."

Was wir hier also ganz klar und deutlich herauslesen können, ist ein neo-marxistisches Manifest zur grenzenlosen Flutung und Zerstörung Europas mit Migranten, die in die jeweils nationalen Gesundheits- und Rentensysteme gleich von vornherein "unbegrenzt" einwandern dürfen. Das ist mehr als eine schallende Ohrfeige für jeden Einheimischen in Europa, der jahrzehntelang in die Kassen eingezahlt und mit Steuern, Abgaben und behördlichen Drangsalierungen komplett ausgewrungen wurde, um am Ende eine Rente zu erhalten, von der er nicht

leben und sterben kann - sofern er den Renteneintritt noch erlebt.

Wie "unverbindlich" das als Vorschläge getarnte vatikanische Diktat ist, liest man zum Ende des päpstlichen Dokuments, in dem es heißt:

"Während des Gipfels der Vereinten Nationen, der am 19. September 2016 in New York abgehalten wurde, haben die Verantwortungsträger der Welt klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, sich zu Gunsten der Migranten und der Flüchtlinge zu engagieren, um ihr Leben zu retten und ihre Rechte zu schützen, wobei diese Verantwortung auf weltweiter Ebene geteilt werden soll. Zu diesem Zweck haben sich die Staaten dazu verpflichtet, bis Ende 2018 zwei Global Compacts zu verfassen und zu billigen, einer, der sich den Flüchtlingen widmet und der andere den Migranten."

Jene Länder, die den Migrationspakt nicht annehmen, werden, bis auf die USA als Ausnahme, aber zumindest den UN-Flüchtlingspakt annehmen und umsetzen, der für sich allein schon eine weitere große Flüchtlingswelle gen Europa lostreten wird. Zusammen mit dem UN-Migrationspakt werden wir bereits in den nächsten Monaten und wenigen Jahren Völkerwanderungen biblischen Ausmaßes erleben!

Wenn diese Entwicklung nicht unverzüglich gestoppt und umgekehrt wird, wird Deutschland in ein bis zwei Jahrzehnten mehrheitlich nicht mehr deutsch sein, sondern islamisch. Aus Europa würde dann "Eurabien" werden.

In meinem Buch habe ich aufgezeigt, wie der Vatikan, als reichster Grund- und Immobilienbesitzer auf diesem Planeten, die Menschheit mittels der Geburtsurkunde und der damit verbundenen Schaffung einer juristischen Rechtspersönlichkeit buchstäblich von Geburt bis zum Tode versklavt hat. Wer die Details dazu liest, versteht dann auch die betonende Forderung des Papstes und behördlicher Stellen, alle Migranten zwingend mit gültigen Ausweispapieren ausstatten zu müssen.

Hinter dem Ganzen steht nämlich mehr als die bloße Verhinderung von Identitätsbetrug. In meinem Buch enthülle ich, wie der Jesuitenorden und der "Unheilige Stuhl" die beiden Weltkriege mit inszenierte und das NWO-Projekt "Drittes Reich" als Fortführung des römischen Reichs schuf. Im Buch erfährt man u.a. auch, wie und wofür der Vatikan den Islam erst einst erschaffen hatte. ...<<

Die wesentliche Aufgabe der Vereinten Nationen bestand ursprünglich darin, als globales Steuerungsinstrument bzw. als positives internationales Ordnungsmittel internationale Konflikte gewaltfrei zu lösen, aber die Pläne und Ziele sehen gegenwärtigen völlig anders aus. Die Vereinten Nationen verteidigen schon längst nicht mehr die demokratischen Grundwerte, die Interessen des Gemeinwohls und die Selbstbestimmung der einzelnen Nationalstaaten, sondern setzen sich in erster Linie für die Durchsetzung eines Weltstaates, für gesellschaftszerstörende Ideologien (Genderismus) und für die totalitäre Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen ein.

Anstatt das Selbstbestimmungsrecht aller Mitgliedsstaaten zu schützen, mischen sich die Vereinten Nationen und ihre Spezialorgane UNICEF, der Hohe Flüchtlingskommissar der VN (UNHCR) und die Welthandelskonferenz (UNCTAD) sowie Sonderorganisationen, wie z.B. die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), der Internationale Währungsfonds (IWF), die UNESCO und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verstärkt in die inneren Angelegenheiten der Nationalstaaten ein.

Die UN und die verbundenen supranationalen Organisationen nötigen oder zwingen die ihnen angehörenden Mitgliedsländer seit Jahrzehnten, ihre Souveränität und nationale Rechte an die internationalen NWO-Organisationen abzutreten und ständig neue Pseudo-Menschenrechte zu akzeptieren, um angeblich weiterhin ein friedliches Zusammenleben in der globalisierten Welt zu gewährleisten.

Obgleich nicht wenige Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats zu den schlimmsten Men-

schenrechtsverletzern zählen, maßt es sich der islamisch unterwanderte UN-Menschenrechtsrat an, der "christlichen westlichen Welt" ständig weitere verbindliche Vorgaben zur staatlichen Durchsetzung von vermeintlichen Pseudo-Menschenrechtsansprüchen zu machen. Auch der umstrittene Migrationspakt der Vereinten Nationen ("Global Compact for Migration" = Wiedereinführung des im 19. Jahrhunderts verbotenen Sklavenhandels) wurde durch den sogenannten "UN-Menschenrechtsrat" erstellt.

Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats sind gegenwärtig z.B.: Angola, Kongo, Nigeria, Senegal, Afghanistan, Nepal, Pakistan, Katar, Chile, Mexiko.

Die globale Migration und die Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft werden durch den NWO-Moloch systematisch geplant und gefördert. Diese verdeckt agierende Terror-Organisation verfügt über ein weltweites Netzwerk von Geheim- und Tarnorganisationen (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.). Die kriminelle Verschwörer-Clique des Geldadels und der Weltkonzerne besitzt einen gigantischen Machtapparat, der global die gesamte Wirtschaft und Politik beherrscht und lenkt. Der NWO-Moloch strebt u.a. folgende Ziele an: Vermischung der Völker, Zerstörung der Familien, Schaffung von gleichgeschalteten und total überwachten Einheitsmenschen, rechtliche und wirtschaftliche Entrechtung der Menschen (Wiedereinführung der Sklaverei), Vernichtung der souveränen Nationalstaaten, Installierung einer totalitären Weltregierung.

10. Wieso geht es bei der Pseudo-Rettung des Weltklimas in erster Linie um die enormen Gewinne der NWO-Klimaspekulanten?

Die UNEP (Umweltorganisation der Vereinten Nationen) und die WMO (Weltorganisation für Meteorologie) gründeten im Jahre 1988 den IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuß für Klimaänderungen).

Am 11. Dezember 1997 wurde während der UN-Klimakonferenz in Kyoto das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer. Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.

Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 26. Mai 2014 über den IPCC-Weltklimarat - <https://www.eike-klima-energie.eu/2014/05/26/wer-oder-was-ist-eigentlich-der-welt-klimarat-ipcc-und-was-tut-er/> - : >>Wer oder was ist eigentlich der "WELTKLIMARAT" (IPCC) und was tut er?

von C. O. Weiss

Der Weltklimarat (IPCC) wird der Öffentlichkeit als ein Gremium von Wissenschaftlern dargestellt, welches, streng sachlich, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klimaforschung sichtet und diese in unregelmäßigen Abständen in umfangreichen Berichten zusammenfassend darstellt. ...

Der Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt wird stets, daß der IPCC keineswegs ein Gremium von Wissenschaftlern ist. Tatsächlich gehören ihm 195 Vertreter der Regierungen aller Länder an und üben Einfluß aus.

... Dabei kämpfen natürlich die Politikvertreter darum, genehme Sachverhalte zu betonen. Selbst wenn sie durch den wissenschaftlichen Teil nicht gedeckt sind. So wird z.B. im diesjährigen Bericht festgestellt, mit 95 %-iger Wahrscheinlichkeit sei die Erderwärmung der letzten 100 Jahre menschengemacht.

Diese Feststellung beruht nicht auf Ergebnissen des Hauptteils sondern auf einer "Befragung". Wer befragt wurde, wurde nicht mitgeteilt, und unbequeme Ergebnisse möglichst zu verschweigen.

... Anders als der Öffentlichkeit dargestellt, hat der IPCC keineswegs die Aufgabe zu prüfen ob CO2 einen Einfluß auf das Erdklima hat, sondern "das Drohen einer menschengemachten Klimakatastrophe nachzuweisen". Eine klare politische Vorgabe, jenseits jeder Wissenschaftlichkeit, mit welcher der IPCC praktisch eine Propagandaorganisation ist. ...

Wie kommt es nun, daß eine derartige merkwürdig konstruierte Institution existiert, und zu wessen Interesse wurde sie geschaffen?

Dazu der Bericht eines Mannes (Hartmut Bachmann), der zur Zeit der Gründung des Weltklimarates anwesend war.

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.

Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe". Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete: Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?" Augstein: "Aufwecken, munter machen." Ich: "Und Angst machen". Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."

Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordnung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden. ...

Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.

UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefeller und ihrem Intimus Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist (welche Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Club of Rome in breitem Maße finanziert), geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben:

Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegenggeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist. ...

Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anläßlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu. ...

Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfäßt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. ...

Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Clever,

nicht wahr? Klima - CO2?

Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den EURO nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren. ...

Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige (und in gigantischem Maße Energie vergeuende) Solarnutzung? Geld, Geld, Geld.

Sir Nikolas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der Britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen € Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.

Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO2-Angst so, wie der Michel.

Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln.

Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich auftreiben läßt.

Zweitens, weil in einer solchen Situation - zum Geldkassieren - gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten, via UNO - UNEP - IPCC - Abkommen von Kyoto - überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung.

(Bericht von H. Bachmann - Details in: "Die Lüge der Klimakatastrophe - und wie der Staat uns damit ausbeutet") ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtete im September 2019:
>>**Janichs Welt _ Klima-Planwirtschaft**

... Die Klimasteuerung muß selbst dann scheitern, wenn an der These von der menschengemachten Erderwärmung etwas dran wäre. Grüne und angegrünte Altparteien folgen nämlich genau jener Ökonomik, die schon den Ostblock zusammenbrechen ließ. ...

Sogar der Weltklimarat gibt in seinem "Third Assessment Report" von 2001 zu: "Das Klimasystem ist ein gekoppeltes, nichtlineares chaotisches System. Daher ist die langfristige Vorhersage zukünftiger Klimazustände nicht möglich." Ohne eine solche Vorhersage ist natürlich auch keine Steuerung möglich. Planwirtschaft führt immer zur Verschwendung knapper Ressourcen. So errechnete das Ifo-Institut im April, daß Elektroautos 28 Prozent mehr CO2 verbrauchen als Dieselfahrzeuge.

Selbstverständlich fiel sofort die versammelte Öko-Mafia über die Studie her. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, daß für die Herstellung Kobalt gebraucht wird, das in Entwicklungsländern und China unter unmenschlichen Bedingungen zum Teil von Kindern abgebaut wird. Ohne die künstlich erzeugte Nachfrage der staatlichen CO2-Planer würde dieses Problem gar nicht existieren.

Windräder wiederum verbrauchen ein Gut, das wirklich knapp ist, nämlich Grund und Boden. Solange die Wertschöpfung durch technischen Fortschritt schneller steigt als die Bevölkerung, ist das unproblematisch. Aber gerade dieser Marktmechanismus wird durch Planwirtschaft ausgehebelt. Windräder verbrauchen ein Vielfaches an Platz im Vergleich zu Kohle- oder Atomkraftwerken. Sie töten Vögel und Insekten, die wiederum bei der Nahrungsmittelerzeugung eine große Rolle spielen.

Physiker der Universität Heidelberg kamen zudem kürzlich zu dem Schluß, daß - trotz Milliarden-Ausgaben für Erneuerbare Energie - der CO2 Ausstoß kaum gesunken ist. ... Deindu-

trialisierung und damit der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands sind denn auch das offensichtliche Ziel der Klima-Alarmisten.

Die Öko-Diktatur ist noch schlimmer als die kommunistische.

Die Öko-Diktatur ist aus zwei Gründen noch schlimmer als die kommunistische: Die Ostblockführer wußten zumindest, daß fast alle Menschen gerne ein Auto fahren würden (trotzdem dauerte die Lieferung zehn Jahre, und die Qualität war lausig). ... Die aktuelle Klimaplanwirtschaft setzt jedoch direkt beim Konsumenten an. Der Green New Deal der Demokraten in den USA will Flugreisen und das Auto gleich ganz unmöglich machen, im Zweifel mit Verboten. Die gelten natürlich nur für das gemeine Volk und nicht für die Elite, versteht sich.<<

Zur Senkung der deutschen CO₂-Emissionen, die im Jahre 2015 etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen betragen, sind nach Angaben des BDI bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro erforderlich.

Klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn sich vor allem die großen Umweltsünder entsprechend verhalten. Chinas Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß im Jahre 2015 betrug z.B. 28,1 %, USA = 16,0 %, Indien = 6,2 %, Rußland = 4,5 %, Japan = 3,7 %. Die Regierungen dieser Länder denken jedoch überhaupt nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen.